## Good bye, Niederlassung?

## Ärzte und Zahnärzte warnen Politik vor Praxissterben

Schon jetzt gilt Karl Lauterbach als einer der schlechtesten Gesundheitsminister, die Deutschland jemals hatte. Das Resultat seiner Amtszeit, die mit der Bundestagswahl 2025 endet, könnte der Beginn eines bundesweiten Praxissterbens sein.

Doch die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt und so richtete die Ärzte- und Zahnärzteschaft kurz vor Ende der parlamentarischen Sommerpause erneut einen Appell Richtung Berlin: "Lassen Sie uns gemeinsam darüber sprechen, wie wir die Versorgung verbessern können." Eine Antwort steht bislang aus.

## **Brief an alle Abgeordneten**

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) verfasste einen offenen Brief an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags, der von den drei Vorstandsmitgliedern Dr. Andreas Gassen, Dr. Stephan Hofmeister und Dr. Sibylle Steiner unterzeichnet wurde. Darin heißt es: "Die Nähe der mehr als 100 000 ärztlichen und psychotherapeutischen Praxen zu ihren Patienten ist als Folge gleich mehrerer gesundheitspolitischer Gesetze in Gefahr. Nach der Sommerpause liegen zahlreiche Entscheidungen darüber mit in Ihren Händen, ob die Praxen auch in Zukunft noch die Menschen in unserem Land so verlässlich versorgen



Der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Christian Öttl warnt vor einer "Spirale", die den Nachwuchs von der Niederlassung abschreckt und die Versorgung in ländlichen Gebieten gefährdet.

stärkungsgesetz werde in seiner jetzigen Form nicht seinem Namen gerecht. Auch die Entwürfe für das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz oder das Notfallgesetz würden die Versorgung nicht stärken, sondern sogar schwächen. Keines dieser Gesetze schafft mehr Arztzeit, geschweige denn mehr Ärztinnen und Ärzte. Noch stehen die Praxen bereit. Ohne sie wird es nicht möglich sein, die gute Versorgung fortzuführen, die alle Patienten und somit alle Menschen hierzulande so sehr schätzen und brauchen. Ohne Praxen ,um die Ecke' geht ein unverzichtbarer Baustein für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft verloren." Abschließend lädt die KVB zum Dialog ein: "Wir würden gerne mit Ihnen darüber sprechen, wie das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz, das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz oder auch das Notfallgesetz dazu beitragen können, die Versorgung wirklich zu verbessern."

Ähnliche Töne kommen von der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) und vom Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ), die sich in ihrer Kritik an der aktuellen Gesundheitspolitik durch Zahlen des Statistischen Bundesamts bestätigt sehen. Demnach sind die Sach-, Materialkosten 2022 um 7,1 Prozent gestiegen, die Personalkosten sogar um 9,6 Prozent. Punktwerte und Budgets unterliegen dagegen der von Karl Lauterbach durchgesetzten strikten Budgetierung. "Diese Zahlen zeigen klar, dass die niedergelassenen Zahnärzte von der wirtschaftlichen Entwicklung mehr und mehr abgehängt werden", kritisiert der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Christian Öttl.

Vor allem die Personalkosten brächten die Praxisinhaber unter Druck. "Dies ist nicht nur der Tatsache geschuldet, dass für zahnärztliche Behandlungen meistens eine Assistenz notwendig ist. Dies liegt vielmehr daran, dass wir so viele bürokratische Aufgaben erledigen müssen. Mit solchen Zahlen haben wir kein gutes Argument für die Selbstständigkeit an der Hand. Die Spirale, dass sich immer weniger junge Zahnmediziner selbstständig machen und damit die Versorgung gerade in den ländlichen Gebieten gefährdet ist, wird so immer weitergedreht", so Öttl.

